

Welche Bedeutung haben die agrarpolitischen Ziele für die Schweizer Bevölkerung?

Nadja El Benni¹, Robert Finger², Judith Irek¹, Christian Ritzel¹, Yanbing Wang¹, Gabriele Mack¹, Jeanine Ammann¹

¹Agroscope, 8356 Ettenhausen

²ETH Zürich, 8092 Zürich

Auskünfte: Nadja El Benni, E-Mail: nadja.el-benni@agroscope.admin.ch

<https://doi.org/10.34776/afs17-42> Publikationsdatum: 25. März 2026



Agrarpolitik interessiert Bevölkerung wie Praxis. Ein Bauernhof in Ins. (Foto: Carole Parodi, Agroscope)

Zusammenfassung

Die Ergebnisse aus drei Umfragen zwischen Oktober 2022 und August 2023 zeigen, dass die Schweizer Bevölkerung sowie die Landwirtinnen und Landwirte die vielfältigen Ziele der Agrarpolitik breit unterstützen und staatliche Interventionen zur Förderung einer multifunktionalen Landwirtschaft als legitim erachten. Mehr Umweltschutz und Tierwohl in landwirtschaftlicher Produktion werden jedoch nur akzeptiert und umgesetzt, wenn sie nicht zu Einkommensverlusten für landwirtschaftliche Betriebe führen oder entsprechend ausgeglichen werden. Während es Unterschiede zwischen den Sprachregionen bezüglich der agrarpolitischen Präferenzen der Bevölkerung gibt, besteht aber

kein Stadt-Land-Graben. Zudem verfügt ein grosser Teil der Bevölkerung über ein systemisches Verständnis der Zusammenhänge zwischen Produktion und Konsum und sieht eine geteilte Verantwortung von Staat, Wirtschaft sowie Konsumentinnen und Konsumenten. Ein ausgewogener Reformansatz, der Umweltziele, Einkommen und Lebensmittelpreise gemeinsam berücksichtigt, kann den gesellschaftlichen Konsens stärken, Polarisierung reduzieren und sollte einen Mix aus verschiedenen Instrumenten umfassen.

Key words: agricultural policy, goal conflicts, societal consensus.

Einführung

Der Verfassungsauftrag der Agrarpolitik in der Schweiz, verankert in Art. 104 und 104a BV, definiert eine Vielzahl unterschiedlicher und ambitionierter Ziele. Dazu zählen eine nachhaltige und marktorientierte landwirtschaftliche Produktion, die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, eine angemessene Abgeltung der landwirtschaftlichen Leistungen sowie die Gewährleistung des Tierwohls. Darüber hinaus verfolgt die Agrarpolitik Umweltziele und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raums. Um diese Ziele zu erreichen, setzt die Schweiz im internationalen Vergleich hohe finanzielle Mittel, z. B. für Direktzahlungen und Grenzschutz ein (Huber *et al.*, 2024). Dennoch wurden die Agrarumweltziele in der Vergangenheit nicht erreicht, während die Landwirtinnen und Landwirte über zu niedrige Einkommen und einen zu hohen administrativen Aufwand klagten. Die Unzufriedenheit mit der Agrarpolitik spiegelt sich in einer Reihe von Volksinitiativen und Landwirtschaftsprotesten wider, die die Agrar- und Ernährungspolitik regelmässig ins Zentrum gesellschaftlicher und politischer Debatten führt (Huber und Finger, 2019; Finger *et al.*, 2024).

Auf der einen Seite zeigen diese vielfältigen Diskussionen und Initiativen die grosse Bedeutung der Landwirtschaft für die Schweizer Gesellschaft, auf der anderen Seite setzen sie die Agrarpolitik und die Produzierenden zunehmend unter Druck. Ein gemeinsames Verständnis zu den Zielen, Herausforderungen und zu ergreifenden Massnahmen ist notwendig, um ein effektives agrarpolitisches Instrumentarium zu entwickeln. Eine gesellschaftliche Polarisierung, etwa zwischen der landwirtschaftlichen und der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung, sollte vermieden werden, da sie breit abgestützte politische Kompromisse erschwert und notwendige Reformen behindert.

Zielkonflikte sind ein zentrales Merkmal der Agrarpolitik. Die Förderung eines bestimmten Ziels kann die Erreichung eines anderen beeinträchtigen, weshalb politische Entscheidungen stets mit Abwägungen verbunden sind. Dabei kommt der Bevölkerung eine wichtige Rolle zu, da sie als Stimmberechtigte darüber entscheidet, welche Ziele priorisiert werden sollen, und auch häufig in Volksabstimmungen direkt darüber entscheidet (Huber und Finger 2019). Vor diesem Hintergrund stellt sich beispielsweise die Frage, ob sich die agrarpolitischen Präferenzen zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung oder auch zwischen den Sprachregionen unterscheiden. Ein Stadt-Land-Graben, zum Beispiel, könnte dazu führen, dass eine städtische Mehrheit agrarpoliti-

sche Massnahmen bestimmt, deren Auswirkungen vor allem die ländliche Minderheit tragen muss. Auch wenn divergierende Meinungen zwischen Landwirtinnen und Landwirten und der übrigen Bevölkerung zunächst eine Herausforderung für die Zielpriorisierung darstellen können, tragen sie zur Klärung und Abwägung von Zielkonflikten bei und können so mit geeigneten Massnahmen adressiert werden. Neben den Zielen selbst ist die Akzeptanz von Massnahmen zur Transformation hin zu einem nachhaltigeren Agrar- und Ernährungssystems eine wichtige Voraussetzung für die Ausgestaltung eines wirksamen Politikinstrumentariums.

Der vorliegende Artikel fasst Erkenntnisse aus verschiedenen Studien zusammen, die auf insgesamt drei Befragungen der Schweizer Bevölkerung inklusive Landwirtinnen und Landwirte zu agrarpolitischen Präferenzen und der Akzeptanz konsumseitiger Politikinstrumente basieren. Er liefert wichtige Anhaltspunkte für die zukünftige Ausgestaltung der Agrarpolitik.

Daten und Methoden

Es wurden Daten aus drei Fragebögen sowohl deskriptiv als auch mit verschiedenen Regressionsanalysen ausgewertet (Abbildung 1). Methodische Details sind in den zitierten Artikeln beschrieben.

Der erste Fragebogen erfasste die Priorisierung agrarpolitischer Ziele durch die Schweizer Bevölkerung (Ammann *et al.*, 2024a). Die Datenerhebung erfolgte im Oktober 2022 mittels einer Online-Umfrage. Es wurden Quoten für Geschlecht, Alter und Sprachregion festgelegt. Die Stichprobe umfasste 1542 Personen, 505 Personen aus der Deutschschweiz, 517 aus der Romandie und 520 aus der italienischsprachigen Schweiz. Die Befragten sollten die Wichtigkeit verschiedener agrarpolitischer Ziele beurteilen und bei möglichen Zielkonflikten zwischen diesen abwägen.

Eine zweite Online-Befragung von 453 Personen in der Deutschschweiz wurde im Februar 2023 durchgeführt (Ammann *et al.*, 2025a). Ziel der Befragung war es, die Akzeptanz von 19 verschiedenen politischen Massnahmen zur Förderung einer umweltfreundlichen Ernährung zu untersuchen. Die untersuchten Massnahmen lassen sich in vier Kategorien einteilen: 1. informationsbasierte Massnahmen wie Kennzeichnungen und Informationskampagnen, 2. Nudges (in dieser Studie eine Standardoption in Kantinenmenüs), 3. ökonomische Anreize wie Steuern oder Subventionen sowie 4. regulatorische Massnahmen wie verpflichtende vegetarische

Tage in Kantinen oder Verkaufsverbote für lufttransportierte Lebensmittel.

Eine dritte Umfrage wurde von Juni bis August 2023 unter 2000 zufällig ausgewählten Landwirtinnen und Landwirten aus der deutsch- und französischsprachigen Schweiz durchgeführt (Kaiser *et al.*, 2025). Es wurde eine stratifizierte Stichprobe nach landschaftlicher Zone und Betriebstyp gezogen. Die Befragung erfolgte postalisch mittels eines Papierfragebogens. Alternativ konnte der Fragebogen auch online ausgefüllt werden. Wie im ersten Fragebogen wurde, neben verschiedenen anderen Angaben, die Priorisierung agrarpolitischer Ziele er-

fasst. Die Stichprobe umfasste 882 Landwirtinnen und Landwirte, 706 aus der Deutschschweiz und 176 aus der Romandie.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Ergebnisse von El Benni *et al.* (2024) zeigen, dass die Schweizer Bevölkerung allen agrarpolitischen Zielen eine hohe Bedeutung beimisst. Sämtliche Ziele erreichen Mittelwerte von über 5 auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht wichtig) bis 7 (sehr wichtig). Besonders wichtig ist den Befragten die Verbesserung des Tierwohls, die

Umfrage Bevölkerung (N = 1542, Oktober 2022) (DE, FR, IT)	Umfrage Konsumentinnen und Konsumenten (N = 453, Februar 2023) (DE)	Umfrage Landwirtinnen und Landwirte (N = 882, Juni bis August 2023) (DE, FR)
Fragen zur Person • Soziodemographische Angaben: Alter, Geschlecht, Bildungsniveau (sieben Stufen), Geburts- und Wohnort (sehr ländlich bis sehr städtisch), Arbeits- erfahrung in der Landwirtschaft (ja, nein) • Fleischkonsum (von nie bis mehrmals täglich) • Politische Orientierung (Links-Rechts-Skala) • Einkaufsverhalten: Wichtigkeit von Produkteigenschaften beim Einkauf von Lebensmitteln (Likert Skala 1–7)	Fragen zur Person • Soziodemographische Angaben: Alter, Geschlecht, Bildungsniveau (sieben Stufen), Wohnort (sehr ländlich bis sehr städtisch) • Fleischkonsum (von nie bis mehrmals täglich) • Politische Orientierung (Links-Rechts-Skala) • Einkaufsverhalten: Wichtigkeit von Produkteigenschaften beim Einkauf von Lebensmitteln (Likert Skala 1–7)	Fragen zur Person und Betrieb • Soziodemographische Angaben: Geschlecht, Bildungsniveau (neun Stufen) • Politische Orientierung (Links-Rechts-Skala) • Bedeutung Einkommensquelle: Produktverkauf, Biodiversitätszahlungen (Likert Skala 1–7) • Anteile an Biodiversitätsförderflächen • Haupt- oder Nebenerwerb (ja/nein)
Fragen zur Agrarpolitik • Offene Nennung der drei wichtigsten agrarpolitischen Ziele • Beurteilung der Wichtigkeit acht vorgegebener agrarpolitischer Ziele (Likert Skala 1–7) • Budgetallokation für acht vorgegebene agrarpolitische Ziele (Likert Skala 1–7) • Gewichtung von sechzehn Zielkonflikt-Paaren (eine Gewichtungsskala pro Zielkonflikt-Paar)	Fragen zur Ernährungspolitik • Akzeptanz von 19 konsumseitigen Massnahmen gegliedert in Informationsbasierte Massnahmen (z. B. Kennzeichnung und Informationskampagnen), steuernde Anreize (z.B. Steuern oder Subventionen) und restriktive Massnahmen (z. B. Verkaufsverbote)	Fragen zur Agrarpolitik • Beurteilung der Wichtigkeit acht vorgegebener agrarpolitischer Ziele (Likert Skala 1–7)
Fragen zur Verantwortlichkeit • Verantwortung für ein nachhaltiges Ernährungssystem: Produzenten, Detailhandel, Konsumenten, Staat (Likert Skala 1–7)	Fragen zur Verantwortlichkeit • Verantwortung für ein nachhaltiges Ernährungssystem: Produzenten, Detailhändler, Konsumenten, Staat (Likert Skala 1–7)	Informationen aus AGIS • Landwirtschaftliche Fläche in ha, Grossvieheinheit pro ha, Region (Tal, Hügel, Bergzone) • Biobetrieb (ja/nein) • Alter
Fragen zu persönlichen Präferenzen • Wahrnehmung von Landwirtinnen und Landwirten (Saleh <i>et al.</i>, 2024) • Präferenz für Fleischkonsum (Piazza <i>et al.</i>, 2015) • Ökologische Einstellung (Lindeman <i>et al.</i>, 2000)	Fragen zu persönlichen Präferenzen • Präferenz für Fleischkonsum (Piazza <i>et al.</i>, 2015) • Gesundheitsbewusstsein (Hagman <i>et al.</i>, 2018)	Fragen zu persönlichen Präferenzen • Soziale & persönliche Normen (Cialdini <i>et al.</i>, 1990) • Selbstwirksamkeit (Bandura, 1977)

Abbildung 1 | Inhalte der drei Umfragen zwischen 2022 und 2023.

klar an erster Stelle steht. An zweiter Stelle folgt die Sicherung eines angemessenen Einkommens für Landwirtinnen und Landwirte. Deutlich weniger Priorität haben hingegen tiefere Lebensmittelpreise sowie die Steigerung der inländischen Nahrungsmittelproduktion. Die Einschätzungen unterscheiden sich allerdings stark zwischen den befragten Personen. Während soziodemographische Charakteristika kaum Einfluss auf die Präferenzen haben, spielen persönliche Einstellungen eine zentrale Rolle bei der Bewertung agrarpolitischer Ziele. So zeigen Jenni *et al.* (2025), dass Personen mit politisch eher linker Orientierung vor allem Umweltziele priorisieren. Personen mit einer eher rechten politischen Orientierung messen dagegen der Steigerung der inländischen Lebensmittelproduktion eine höhere Bedeutung bei, halten stärker am Fleischkonsum fest und sind weniger bereit, zugunsten ökologischer Ziele Abstriche bei den landwirtschaftlichen Einkommen oder den Lebensmittelpreisen zu machen. Gleichzeitig erweist sich das Tierwohl als vergleichsweise wenig polarisierendes Thema. Zwar ist die Sorge um das Tierwohl bei eher links orientierten Personen ausgeprägter, sie ist jedoch auch im rechten politischen Spektrum relativ hoch.

Diese hohe Bedeutung des Tierwohls zeigt sich auch dann, wenn Zielkonflikte zwischen Tierwohl und einem anderen agrarpolitischen Ziel bewertet werden (Ammann *et al.*, 2023b). Rund die Hälfte der Befragten priorisiert das Tierwohl selbst dann, wenn es in direktem Konflikt mit dem landwirtschaftlichen Einkommen, den Lebensmittelpreisen oder der Inlandproduktion steht. Etwa 22 % entscheiden sich jeweils für das konkurrierende Ziel, wobei dies vor allem überzeugte Fleischesserinnen und Fleischesser sind. Die verbleibenden 28 % der Befragten bleiben unentschieden. Frauen messen dem Tierwohl tendenziell ein höheres Gewicht bei als Männer. Zudem beeinflusst die Wahrnehmung der Landwirtschaft die Präferenzen. Personen mit einem sehr positiven Bild von Landwirtinnen und Landwirten gewichten das Tierwohl weniger stark und bevorzugen eher das jeweils konkurrierende Ziel. Möglicherweise gehen sie davon aus, dass das Tierwohl bereits ausreichend gewährleistet ist. Die Präferenz für Tierwohl zeigt sich sowohl in agrarpolitischen Einstellungen als auch im Konsumverhalten der Bevölkerung. So spielen in der Schweiz insbesondere die Produkteigenschaften Frische, Geschmack und Tierwohl eine wichtige Rolle beim Kauf von Milch- und Fleischprodukten (Ammann *et al.*, 2024b). Informationen zum Tierwohl werden ausserdem als wichtiger bewertet als Informationen zur Umweltwirkung (Ammann *et al.*, 2024b). Allerdings sind Geschmack und Preis die entscheidenden Faktoren bei

der Lebensmittelauswahl (Ammann *et al.*, 2024b) unabhängig von der politischen Orientierung der Konsumierenden (Jenni *et al.*, 2025).

Unabhängig vom Wohn- oder Geburtsort werden bei der Bewertung von Zielkonflikten wirtschaftliche Ziele häufiger priorisiert als Agrarumweltziele. Beispielsweise werden tiefere Lebensmittelpreise und höhere landwirtschaftliche Einkommen wichtiger eingeschätzt als die Reduktion von Treibhausgasemissionen oder des Pflanzenschutzmitteleinsatzes. Eine wichtige Ausnahme bildet dabei die Reduktion von Nährstoffüberschüssen, die von der Mehrheit der Befragten höher gewichtet wird als wirtschaftliche Ziele. Wird ein wirtschaftliches Ziel der Förderung der Biodiversität gegenübergestellt, zeigt sich keine klare Präferenz.

Neben individuellen Unterschieden zeigen sich auch regionale Unterschiede (El Benni *et al.*, 2024). So werden die agrarpolitischen Ziele «Reduktion der Treibhausgasemissionen», «Tiefere Lebensmittelpreise» sowie die «Sicherung eines angemessenen bäuerlichen Einkommens» in der Deutschschweiz als weniger wichtig erachtet als in der Romandie und in der italienischsprachigen Schweiz. Umgekehrt misst die Deutschschweiz einer Steigerung der inländischen Produktion eine höhere Bedeutung bei. In der Romandie wiederum sind sowohl die Sicherung eines angemessenen Einkommens für die Landwirtinnen und Landwirte sowie die Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes besonders wichtig.

Unsere Ergebnisse zeigen keinen Stadt-Land Graben hinsichtlich agrarpolitischer Ziele. Zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung bestehen insgesamt so gut wie keine Unterschiede in den agrarpolitischen Präferenzen (El Benni *et al.*, 2025a). Für die Definition städtischer und ländlicher Bevölkerung haben wir sowohl den Wohn- als auch Geburtsort verwendet. Abweichungen in der Zielpriorisierung zeigen sich lediglich in sehr ländlichen Regionen. Dort messen die Befragten sowohl der Verbesserung der Biodiversität als auch der Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes eine höhere Bedeutung bei als Personen aus anderen Regionen. Gleichzeitig bevorzugen Menschen aus sehr ländlichen Regionen eher tiefere Lebensmittelpreise als höhere landwirtschaftliche Einkommen.

Ein Vergleich zwischen Landwirten und Nicht-Landwirten zeigt sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede in der Präferenz agrarpolitischer Ziele (El Benni *et al.*, 2025b). Beide Bevölkerungsgruppen erachten die Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen und die einheimische Lebensmittelproduktion als ähnlich wichtig. Landwirtinnen und Landwirte messen Agrarumweltzielen jedoch insgesamt eine deutlich geringere Bedeutung

bei als Nicht-Landwirte. Während Nicht-Landwirte tiefere Lebensmittelpreise als wichtig erachten, spielen diese für Landwirtinnen und Landwirte mehrheitlich eine untergeordnete Rolle. Innerhalb der Landwirtschaft besteht ein geringerer Konsens über die Bedeutung einzelner agrarpolitischer Ziele als bei Nicht-Landwirten, insbesondere bei Umweltzielen. Die grössten Meinungsunterschiede unter Landwirtinnen und Landwirten zeigen sich bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen. Solche Unterschiede lassen sich unter anderem durch unterschiedliche soziale und persönliche Normen der Landwirtinnen und Landwirte erklären, wie eine Studie von Ritzel *et al.* (2025) im Kontext der Biodiversitätsförderung nahelegt.

Schliesslich zeigen die Ergebnisse von Irek *et al.* (2025), dass die Bevölkerung ein umfassendes Verständnis des Agrar- und Ernährungssystems hat und die Verantwortung für mehr Nachhaltigkeit über alle Akteure verteilt sieht. Staat, Landwirtinnen und Landwirte, Detailhandel sowie Konsumentinnen und Konsumenten werden durchgehend als verantwortlich bis sehr verantwortlich wahrgenommen. Bei Zielen, welche die Landwirtschaft betreffen, wird dem Staat die grösste Verantwortung zugeschrieben, während bei Massnahmen, welche Konsumentinnen und Konsumenten betreffen, die Verantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten im Vordergrund steht. Wird die Verantwortung für ein nachhaltiges Agrar- und Ernährungssystem beim Staat gesehen, ist die Akzeptanz politischer Massnahmen signifikant höher. Es zeigt sich, dass Personen, die den Staat auch für konsumseitige Themen verantwortlich halten, eher bereit sind, selbst restriktive Massnahmen wie beispielsweise Steuern zu akzeptieren.

Die Vielfalt agrar- und ernährungs-politischer Instrumente nutzen

Das heutige Agrar- und Ernährungssystem erreicht viele ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeitsziele nicht. Sowohl Produzierende als auch die Konsumentenschaft sehen sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber, die nachhaltige Produktions- und Konsumentscheidungen erschweren. Koordinierte politische Massnahmen entlang der gesamten Lebensmittelwertschöpfungskette sind daher unerlässlich, um die Nachhaltigkeit des Agrar- und Ernährungssystems zu verbessern.

Zur Förderung einer nachhaltigeren Produktion und Ernährung können vier Arten von Politikinstrumenten eingesetzt werden (Ammann *et al.*, 2023b; El Benni *et al.*, 2025c): (1) Regulatorische Massnahmen wie Verbote

oder Beschränkungen, (2) Ökonomische Anreize wie Steuern, Lenkungsabgaben oder Direktzahlungen, (3) Nudges als verhaltensbasierte «Anstupser», die darauf abzielen, nachhaltigere Entscheidungen und Verhaltensweisen zu fördern, ohne Verbote oder finanzielle Anreize einzusetzen (Thaler und Sunstein, 2008, S. 8), und (4) Informationen über Labels oder Beratungs- und Ausbildungsprogramme. Abbildung 2 zeigt die politischen Instrumente im Agrar- und Ernährungssystem und macht deutlich, welche Instrumente in den einzelnen Sektoren bisher nicht oder wenig genutzt werden.

Konsumentinnen und Konsumenten akzeptieren weniger eingreifende Instrumente wie informationsbasierte Massnahmen deutlich leichter, während stärker regulierende Instrumente zwar wirksamer, aber weniger beliebt sind (Ammann *et al.*, 2023b). Entscheidend für die Akzeptanz ernährungspolitischer Massnahmen sind dabei das persönliche Konsumverhalten und damit die individuelle Betroffenheit sowie das Wissen über eine nachhaltige Ernährung (Ammann *et al.*, 2025b). Ein Teil der Konsumentinnen und Konsumenten nutzt Informationen aktiv, um nachhaltige Kaufentscheidungen zu treffen, und ist bereit, einen Preisaufschlag für nachhaltige Produkte zu zahlen. Insbesondere Frauen und Personen mit höherem Bildungsniveau treffen häufiger nachhaltigere Konsumentscheidungen (Ammann *et al.*, 2023b). Informationsbasierte Massnahmen zu Tierwohl und Umweltwirkungen werden aber stets nur das Konsumverhalten von Personen mit relativ hoher Kauf- und Zahlungsbereitschaft für diese Attribute verändern können. Zudem variiert die Zustimmung zu politischen Massnahmen je nach Produktkategorie (Ammann *et al.*, 2025b).

Implikationen für die Agrar- und Ernährungspolitik

Die Implikationen für die künftige Ausgestaltung der Agrar- und Ernährungspolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Erstens zeigt die breite Zustimmung der Schweizer Bevölkerung zu den vielfältigen agrarpolitischen Zielen, dass politische Massnahmen zur Förderung einer multifunktionalen Landwirtschaft ausreichend gesellschaftlich legitimiert sind. Der Staat kann sich somit auf einen stabilen Rückhalt stützen, wenn er Massnahmen ergreift, die ökologische, ökonomische und soziale Funktionen der Landwirtschaft gleichzeitig stärken.

Zweitens weist die unterschiedliche Zustimmung zu den Agrarumweltzielen innerhalb der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Einigkeit über die hohe Bedeutung des

landwirtschaftlichen Einkommens und der heimischen Lebensmittelproduktion darauf hin, dass eine umweltfreundlichere Nahrungsmittelproduktion nur dann realisierbar ist, wenn sie nicht mit Einkommensverlusten für die Landwirtschaftsbetriebe einhergeht. Agrarpolitische Massnahmen mit einem Umweltbezug müssen daher so ausgestaltet werden, dass sie für die Landwirtschaft wirtschaftlich tragbar sind oder durch geeignete Ausgleichsmechanismen begleitet werden.

Drittens zeigen die Ergebnisse die Notwendigkeit eines ausgewogenen Reformansatzes, der Umweltziele, landwirtschaftliche Einkommen und Lebensmittelpreise gleichermaßen berücksichtigt. Eine solche ganzheitliche Herangehensweise hat das Potenzial, den gesellschaftlichen Konsens zu stärken und einer Polarisierung in agrarpolitischen Debatten entgegenzuwirken.

Viertens weisen die Untersuchungen darauf hin, dass ein grosser Teil der Schweizer Bevölkerung bereits über ein systemisches Verständnis von Agrar- und Ernährungspolitik verfügt. Die Befragten sehen die enge Verknüpfung von Lebensmittelproduktion und Konsum und sehen eine gemeinsame Verantwortung staatlicher und

privatwirtschaftlicher Akteure in beiden Bereichen. Dies spricht dafür, politische Prozesse bewusst auf eine geteilte Verantwortung auszurichten, um nachhaltigere Agrar- und Ernährungssysteme zu fördern. Auch zeigen die Ergebnisse, dass konsumseitige Politikmassnahmen eher Akzeptanz finden, wenn sie klar im Verantwortungsbereich des Staates verortet werden. Da sich die Agrarpolitik traditionell auf die Produktionsseite konzentriert hat und konsumorientierte Instrumente im Rahmen einer umfassenden Ernährungspolitik vergleichsweise neu sind, muss diese staatliche Verantwortung sorgfältig kommuniziert werden. Entscheidend ist dabei, solche Massnahmen nicht als paternalistische Einschränkung individueller Konsumententscheidungen darzustellen, sondern als Beitrag zu gemeinsamen gesellschaftlichen Zielen.

Fünftens ist für ein wirksames politisches Instrumentarium ein Politikmix erforderlich, bei dem die verschiedenen Instrumente (regulatorische Massnahmen, ökonomische Anreize, Nudges und Informationen) kohärent miteinander verknüpft werden. ■

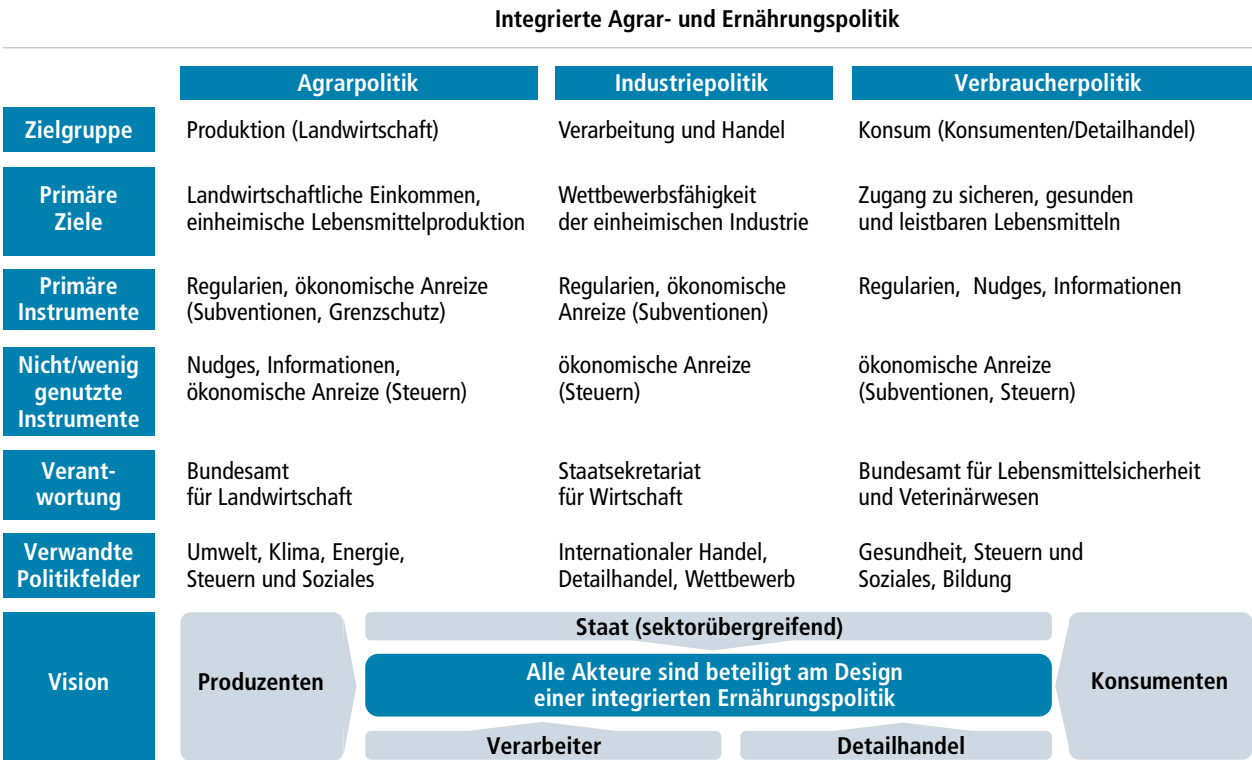


Abbildung 2 | Eine wirksame Ernährungspolitik erfordert einen abgestimmten Massnahmenmix, der alle Akteure des Ernährungssystems einbezieht. (leicht angepasst von Irek et al., 2025)

Referenzen

- Ammann, J., Arbenz, A., Mack, G., Nemecek, T., El Benni, N. (2023a). A review on policy instruments for sustainable food consumption, *Sustainable Production and Consumption* 36, 338-353.
- Ammann, J., Mack, G., Irek, J., Finger, R., El Benni, N. (2023b). Consumers' meat commitment and the importance of animal welfare as agricultural policy goal. *Food Qual. Prefer.* 112, 105010. <https://doi.org/10.1016/j.foodqual.2023.105010>.
- Ammann, J., Mack, G., Irek, J., Finger, R., El Benni, N. (2024a). Data on Swiss citizens' preferences and perceptions of agricultural policy, Data in Brief 52, 110042, 1-10.
- Ammann, J., Mack, G., El Benni, N., Jin, S., Newell-Price, P., Tindale, S., Hunter, E., Vicario-Modrono, V., Gallardo-Cobos, R., Sánchez-Zamora, P., Miskolci, S., Frewer, L.J. (2024b). Consumers across five European countries prioritise animal welfare above environmental sustainability when buying meat and dairy products. *Food Quality and Preference* 117, 105179. <https://doi.org/10.1016/j.foodqual.2024.105179>
- Ammann, J., Arbenz, A., Mack, G., Siegrist, M. (2025a). Data on Swiss consumers' support for different policies aiming to increase sustainability in food consumption and assessment of actor responsibility, Data in Brief 60, 111570, 1-7. <https://doi.org/10.1016/j.dib.2025.111570>
- Ammann, J., Arbenz, A., Mack, G., Siegrist, M. (2025b). Consumer support of policy measures to increase sustainability in food consumption. *Food Policy* 131, 102822. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2025.102822>
- Bandura, A. (1977). Self-efficacy: toward a unifying theory of behavioral change. *Psychological Review* 84 (2), 191–215. <https://doi.org/10.1037/0033-295X.84.2.191>
- Cialdini, R.B., Reno, R.R., Kallgren, C.A. (1990). A focus theory of normative conduct: recycling the concept of norms to reduce littering in public places. *Journal of Personality and Social Psychology* 58 (6), 1015–1026. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.58.6.1015>
- El Benni, N., Irek, J., Finger, R., Mack, G., Ammann, J. (2024). Citizens' perceptions of agricultural policy goals-evidence from Switzerland, *Food Policy* 125, 102643, 1-21.
- El Benni, N., Finger, R., Irek, J., Mack, G., Ammann, J. (2025a). No evidence of a rural-urban divide in prioritizing agricultural policy goals, *Applied Economic Perspectives and Policy* 47 (2), 666-693.
- El Benni, N., Finger, R., Ammann, J., Irek, J., Kaiser, A., Ritzel, C., Wang, Y., Mack, G. (2025b). Aligning agricultural policy: discrepancies between public and farmer priorities, *Agricultural and Food Economics* 13(55), 1-10. <https://doi.org/10.1186/s40100-025-00402-5>
- El Benni, N., Wang, Y., Ammann, J., Mack, G., Finger, R. (2025c). A Scoping Review of Nudges for Enhancing Agricultural Policy, *Applied Economic Perspectives and Policy*, 2025, 1-23
- Finger, R., Fabry, A., Kammer, M., Candel, J., Dalhaus, T., Meemken, E.M. (2024). Farmer Protests in Europe 2023-2024, *EuroChoices* 23(3), 59-63.
- Hagmann, D., Siegrist, M., Hartmann, C. (2018). Taxes, labels, or nudges? Public acceptance of various interventions designed to reduce sugar intake. *Food Policy* 79, 156–165. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2018.06.008>
- Huber, R., Finger, R. (2019). Popular initiatives increasingly stimulate agricultural policy in Switzerland, *EuroChoices* 18(2), 38-39.
- Huber, R., El Benni, N., Finger, R. (2024). Lessons Learned and Policy Implications From 20 Years of Swiss Agricultural Policy Reforms: A Review of Policy Evaluations. *Bio-Based and Applied Economics* 13(2), 121–146.
- Irek, J., Finger, R., Ammann, J., Arbenz, A., Mack, G., El Benni, N. (2025). Shared responsibility: understanding the role of governments, farmers, retailers, and consumers in food system policies, *Q Open* 5, 1-21.
- Jenni, S., Ammann, J., Irek, J., Hopwood, C.J. (2025). Political orientation and attitudes about agricultural reforms around sustainability, *Future Foods* 12, 100825, 1-15. <https://doi.org/10.1016/j.fufo.2025.100825>
- Kaiser, A., Wang, Y., Klein, N., Mack, G., Ritzel, C. (2025). Landscape features on farms: Evidence on factors influencing their quantity and ecological value, *Ecological Economics* 235, 108646, 1-26. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2025.108646>
- Lindeman, M., Väänänen, M. (2000). Measurement of ethical food choice motives. *Appetite* 34, 55–59. <https://doi.org/10.1006/apppe.1999.0293>.
- Piazza, J., Ruby, M.B., Loughnan, S., Luong, M., Kulik, J., Watkins, H.M., Seigerman, M. (2015). Rationalizing meat consumption. *The 4Ns. Appetite* 91, 114–128. <https://doi.org/10.1016/j.appet.2015.04.011>
- Ritzel, C., Kaiser, A., Wang, Y., Mack, G. (2025). The role of social and personal norms in biodiversity conservation: A segmentation of Swiss farmers, *Journal of Environmental Management* 377, 124605, 1-14. <https://doi.org/10.1016/j.jenvman.2025.124605>
- Thaler, R. T., Sunstein, C. R. (2008). *Nudge: Improving Decisions About Health, Wealth and Happiness*. Yale University Press.